

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 02/53. Jahrgang

Februar 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

Die Energiepreise explodieren

Im August 2021 legten die Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr um 12,6% zu. Heizöl verteuerte sich im Schnitt um 57%, Kraftstoffe um 27%. Weitere Steigerungen sind angekündigt. Neue Abschlüsse für Strom und Heizung sind teilweise um 70% teurer. Gleichzeitig legen auch Preise für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs enorm zu. Das macht vor allem Familien mit geringen Löhnen oder mit Bezug von Sozialleistungen zu schaffen. Für viele stellt sich in diesem Winter folglich die Frage, ob sie hungern oder frieren müssen, ob sie einkaufen oder heizen können. Selbst Normalverdiener bekommen zunehmend Schwierigkeiten und *müssen den Gürtel enger*

PREISSTOPP JETZT!

Energiekonzerne in Öffentliche Hand!

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

www.energiepreisstopp-jetzt.de

schnallen. Reiche hingegen haben kaum Grund zur Sorge und die Energiekonzerne verdienen sich eine goldene Nase.

Energieversorgung und Mobilität sind jedoch Grundrechte. Sie müssen für alle bezahlbar sein und gehören in Öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle. Ihre geringe Beachtung trifft vor allem Mini-Jobber, ALG II-Empfänger und Aufstocker, also diejenigen, die sowieso am wenigsten haben. Wir wollen dieser Energie-Abzocke mit unserer Preisstopp-Aktion einen Riegel vorschieben. Doch der Preisstopp ist nur eine Seite. Das Grundübel liegt in der Energiepolitik und den Eigentumsverhältnissen in

Fortsetzung auf Seite 2

Brandt und Scholz – die Väter der alten und neuen Berufsverbote

Am 28. Januar 1972, vor 50 Jahren, führte Kanzler Brandt, SPD, der vorgab, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen, zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder die Berufsverbote ein. Betroffen waren vor allem Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten und andere Linke. Millionen Menschen wurden bespitzelt und verfolgt, tausende Verfahren durchgeführt und hunderte Lehrer, Lokführer, Postler... entlassen bzw. nicht eingestellt.

Während Betroffene bis heute um ihre Rehabilitierung und Wiedergutmachung streiten, nimmt die neue SPD-geführte Bundesregierung unter dem Deckmantel „mehr Fortschritt wagen“ zu wollen Kurs auf neue Berufsverbote. Im Koalitionsvertrag von SPD/Grüne/FDP steht auf Seite 9: „Um die Integrität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen, werden wir dafür sorgen, dass Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst entfernt

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Wohnen: Ware oder Menschenrecht? / Wohnbau: Überraschung	S. 2
Özdemir und Habeck - leere Worte, wenig Ideen	S. 3
Saubere Kernenergie - ein EU-Schwindel / Ampelkoalition	S. 4
Kasachstan / Ukraine - wer bedroht wen?	S. 5
Ukraine - Schachspiel / Wo ist die Zukunft hin?	S. 6
Unikliniken: Geldregen / Gründe gegen A. Wright	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1

Die Energiepreise explodieren

der Energiewirtschaft. Eine Energie-wende muss her. Da der Energie-verbrauch auch im Straßenverkehr stattfindet, gehören unsere energie-politischen und verkehrspolitischen Forderungen zusammen.

Energie muss bezahlbar sein – RWE & Co enteignen.

Für eine Energiewende – Heizen muss für alle Familien bezahlbar sein. Weg mit dieser CO₂-Steuer und her mit den Maßnahmen, die bei den Reichen ansetzen, die das Klimadilemma verursachen und stattdessen die Armen verschonen. Nord Stream 2 in Betrieb nehmen!

Für eine Verkehrswende – Der öffentliche Personenverkehr muss ausgebaut werden und bezahlbar sein!

Energiepreisstopp jetzt! Da-zu hat die DKP eine Kampagne mit Petition eröffnet:

<https://www.energiepreisstopp-jetzt.de>

Wohnbau – Überraschung nach Renovierung

Die Gießener Wohnbau ließ einen Wohnblock renovieren, dabei wurde auch die Klingelanlage erneuert. Da diese einige Zeit außer Betrieb gewesen war, befestigte eine Mieterin einen Zettel mit ihrer Handynummer an ihren Briefkasten. Nach Abschluss der Arbeiten probierte sie die neue Klingelanlage aus und drückte auf den Klingelknopf – zu ihrer Überraschung klingelte es jedoch nicht an ihrer Wohnung, sondern auf ihrem Handy.

Ohne alle Mieter zu fragen oder wenigstens zu informieren, hatte die Wohnbau also eine neuartige Anlage einbauen lassen, bei der durch die Betätigung der Klingel ein Anruf bei einer einprogrammierten Telefonnummer erfolgt. Manche mögen so eine Neuheit gut finden, sie hat aber auch beträchtliche Nachteile, so muss der Mieter z.B. dafür sorgen, dass sein Handy immer geladen, betriebsbereit und entsprechend eingestellt ist. So eine Anlage ohne vorherige Befragung, geschweige ohne Information einzubauen, ist nicht mieterfreundlich. GL



WIE DER KAPITALISMUS GEWALTREI ÜBERWUNDEN WURDE

Wohnen: Ware oder Menschenrecht?

Diese Frage wird in Abhängigkeit der sozialen Lage unterschiedlich beantwortet. Während eine Mehrheit der Mieterinnen und Mieter sicherlich zu letzterem tendiert, sehen die Wohnungsbaugesellschaften in Mietwohnungen vor allem lohnenswerte Renditeobjekte. Die Eigentumsverhältnisse scheinen ihnen recht zu geben. Rund 80% der Mietwohnungen in Deutschland sind in privater Hand. In der Konsequenz gibt es ein großes Angebot im gehobenen Preissegment, während der Mangel an Sozialwohnungen größer wird. 25.000 neugebauten Sozialwohnungen stehen 70.000 Wohnungen gegenüber, die aus der Preisbindung gefallen sind. Jeden Tag gehen so mehr als 100 Sozialwohnungen verloren. In den 77 deutschen Großstädten fehlen zwei Millionen bezahlbare Wohnungen.

Eine Studie des Pestel-Instituts im Auftrag der IG BAU hat gezeigt, dass im vergangenen Jahr 8,5 Millionen Mieterhaushalte in Deutschland armutsgefährdet und auf eine preisgünstige Wohnung angewiesen sind. Das sind rund 10% mehr als noch 2012. Nach einer Studie im Auftrag des ARD-Magazins „Panorama“ können sich Durchschnittsverdiener mehr als 90% der Neubauwohnungen in den Großstädten nicht leisten. Dieser Anstieg des Bedarfs an bezahlbaren Wohnraum verschärft die Situation zusätzlich.

Damit nicht nur neue, sondern vor

allem auch bezahlbare Wohnungen entstehen, hat der DGB, jenseits der jüngsten Debatten um die Enteignung der großen Wohnungsbaugesellschaften, einen Maßnahmenkatalog erstellt.

Ein erster Schritt wäre die Auflegung eines Fonds durch den Bund, der Kommunen unterstützt, eigene Wohnungsbaugesellschaften zu gründen oder sich an bestehenden kommunalen Wohnungsunternehmen zu beteiligen.

Die zweite Maßnahme sieht eine steuerliche Förderung von dauerhaft bezahlbaren Wohnungen vor.

Drittens kann der Bund durch die Änderung des Art. 104d des Grundgesetzes den Ländern Gelder für die Förderung von Sozialwohnungen zur Verfügung stellen.

Ein weiterer Schlüssel für den Bau bezahlbarer Wohnungen ist die Verfügbarkeit von günstigem Bauland. Auch in der UN-Charta für Menschenrechte aus dem Jahr 1948 ist das Recht auf Wohnen in Artikel 25 „Recht auf Wohlfahrt“ verankert.

Ob die Wohnungsbaukonzerne dieses Maßnahmenpaket unwidersprochen akzeptieren werden und eine den Kapitalinteressen verpflichtete Regierung dieses umsetzt, darf bezweifelt werden. Es wird daher ein gesellschaftlicher Druck benötigt, damit die Mieten in Zukunft für Normal- und Geringverdiener wieder bezahlbar werden.

Ulf Immelt

Brandt und Scholz – die Väter der alten und neuen Berufsverbote

werden können.“

Und auf Seite 104: »Die in anderen Bereichen bewährte Sicherheitsüberprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern weiten wir aus und stärken so die Resilienz der Sicherheitsbehörden gegen demokratiefeindliche Einflüsse.«

Da soll wohl wieder der Verfassungsschutz verstärkt aktiv werden, der in den letzten Jahren immer wieder Schlagzeilen mit seinen Verflechtungen in die Nazi-Szene, mit Verstrickung in Terroranschläge, „Gedächtnisverlusten“ und Vertuschung machte. Der NSU-Mord an Halit Yozgat im April 2006 in einem Kasseler Internetcafe, bei dem Verfassungsschützer A. Temme anwesend war, konnte bis heute nicht aufgeklärt werden. Ministerpräsident Bouffier ließ die Akten für 120 Jahre

unter Verschluss versinken. Erst auf Druck der Öffentlichkeit und 134.000 Unterschriften für die Forderung nach Offenlegung reduzierte er die Frist auf 30 Jahre.

Und unter der Bouffier-Regierung durfte der Verfassungsschutz bereits vor wenigen Jahren bei Vor-

gesetzten eines Kommunisten im öffentlichen Dienst Auskunft über dessen „Verfassungstreue“ verlangen.

Dass diese Richtlinien keineswegs für Nazis und terroristische „Gefährder“ gemacht sind, liegt auf der Hand. Sie werden auch mit keinem Wort erwähnt. Auch zur Bekämpfung der Waffenhorter, Drohbrieffeverfasser und Hassverbreiter und anderer kriminellen Machenschaften reichen Grundgesetz und die konsequente Anwendung des Strafgesetzbuchs.

Es geht auch hier wieder nicht gegen sog. „Verfassungsfeinde“, sondern gegen demokratischen Widerstand gegen die Politik der Ampel, die – wie ihre Vorgänger – den Interessen des Kapitals dient.

Michael Beltz



**50 Jahre Berufsverbote –
der Kampf geht weiter!**

Özdemir und Habeck – leere Worte, wenig Ideen

Die Grünen-Minister Özdemir (Ernährung und Landwirtschaft) und Habeck (Wirtschaft und Klimaschutz) sind die Hauptakteure beim Versuch der neuen Regierung, die bei Klimakonferenzen beschlossenen Ziele einzuhalten. Die ersten Äußerungen der beiden lassen allerdings nichts Gutes erwarten.

Özdemir will, dass die Kunden höhere Preise für Lebensmittel, vor allem Fleisch, bezahlen. Die Preise macht aber der Handel, nicht der Kunde. Man kann niemandem übel nehmen, bei gleichwertig erscheinenden Waren, zum billigeren Produkt zu greifen und Sonderangebote zu nutzen. Verbessert werden müssten die Anbau- und Mindesthaltungsbedingungen in der Landwirtschaft. Das ist Sache des Gesetzgebers. Dieser lässt zu, dass Nutztiere von der Geburt bis zur Schlachtung unter schlechten Bedingungen leben. Die mächtigen Handelsketten geben Erzeugerpreise für Lebensmittel vor, der Gesetzgeber gestaltet die Regelungen so, dass diese Preise möglich sind. Verbesserte

Anbau- und Haltungsbedingungen müssen jedoch nicht unbedingt zu höheren Preisen führen. Die Erzeuger erhalten etwa 20% des Ladenpreises, höhere Erzeugerpreise könnten auch zulasten der Verdienstspannen gehen. Der Handel könnte zudem die Menge der weggeworfenen Nahrungsmittel reduzieren und dadurch Kosten senken. Wenn allerdings höhere Verkaufspreise nötig werden, müssten Löhne und Sozialeinkommen entsprechend angepasst werden.

Minister Habeck will den Ausstieg aus der Braunkohle bis 2030 schaffen. Das wird schwierig, mit Sonnen- und Windenergie kann ohne hinreichende Vernetzung und Speichermöglichkeiten keine kontinuierliche Stromversorgung gewährleistet werden, egal wie hoch die installierte Leistung ist. Das Jahr hat etwa 8.000 Stunden, nur für die Hälfte dieser Zeit stehen ausreichend Wind- und Sonnenenergie zur Verfügung. Über die Arbeitsplätze im Kohleabbau und in Kraftwerken scheint sich Habeck offenbar wenig Gedanken zu machen – „da wird es

Proteste geben“, meinte er trocken. Für die betroffenen Gebiete gibt es Investitionsmittel, aber wenig Ideen zu deren sinnvoller Verwendung. Bis jetzt werden davon vor allem Kultur- und Freizeiteinrichtungen bezahlt – Arbeitsplätze für die betroffenen Menschen schafft das nicht.

Egal, wohin man sieht – die kapitalistische Gesellschaft stößt an ihre Grenzen. Denn Wachstum ist niemals unendlich. Ein Systemwechsel ist längst überfällig.

Gernot Linhart



Wahlplakat von 1980 - damals schon genauso leere Aussagen

Saubere Kernenergie – ein EU-Schwindel

Taxonomie – diesen bisher hauptsächlich aus der Biologie bekannten Begriff verwendet die EU-Kommission nun zur Einordnung von Technologien als „nachhaltig“ oder „nicht nachhaltig“. Kernkraftwerke sollen nach dem Willen der Kommission sogar als nachhaltig gelten, da sie bei der Stromerzeugung kaum CO₂ abgeben. Andere Gesichtspunkte gingen jedoch nicht in die Bewertung ein. Etwa dass Kernkraftwerke Radioaktivität produzieren, für jede Kilowattstunde sind es unglaubliche zehn Milliarden (Mrd.) Becquerel. Manche der radioaktiven Stoffe sind sogar so langlebig, dass erst nach 1 Million Jahren 99% davon zerfallen sind – so lange müsste demnach jemand das Material sicher verwahren.

Auch bei größeren Schäden an einem Reaktor kann ein Teil der darin enthaltenen Radioaktivität – zehn Mrd. mal zehn Mrd. Becquerel

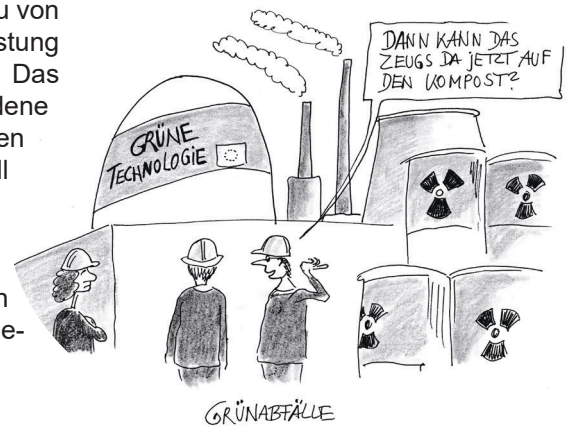
– frei werden und die Umgebung kontaminieren. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit dafür gering ist, würde keine Versicherungsgesellschaft jemals dieses Risiko absichern. Deswegen bleibt überall auf der Erde der jeweilige Staat auf den Folgen sitzen. Einen 100%-ig sicheren Reaktor wird es allerdings nie geben. Zum sicheren Endlager des Atommülls gab es schon vor 60 Jahren die Aussage, in 20 Jahren hätte man eine Lösung – das verspricht man heute noch genauso.

Kernenergie ist auch deswegen nicht nachhaltig, weil der Abbau von Uran ohne radioaktive Belastung der Umwelt unmöglich ist. Das wenige in Europa vorhandene Uran kann kaum gewonnen werden, es würde überall berechnete, starke Proteste geben. Zur Urangewinnung müssen Länder in Afrika und anderen Weltgegenden in halbkolonialer Abhängigkeit ge-

halten werden – das darf nicht die Lösung der Energieprobleme der Industrieländer sein.

Wahrscheinlich wird die Kernkraft dennoch als nachhaltig eingestuft. Die EU-Regeln sind sehr undemokratisch. Die Kommission braucht für ihre Vorhaben keine Mehrheit, es müssten 20 Staaten mit zusammen mehr als 60% der EU-Bürger dagegen stimmen. Der Widerstand gegen neue Reaktoren muss daher zunächst in den einzelnen Staaten organisiert werden.

Gernot Linhart



Die Ampelkoalition - Modernisierung des deutschen Imperialismus

Am 8. Dezember 2021 wurde Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt. Damit bildete sich die erste Ampelkoalition auf Bundesebene aus SPD, Grünen und FDP.

Die bürgerliche Presse war voll des Lobes. Aber auch Linkspartei und DGB applaudierten. Der Koalitionsvertrag von 2021 trägt den *vielsagenden* Titel „Mehr Fortschritt wagen - Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Diese Wortblase erinnert an den Titel des Koalitionsvertrages von 1998 „Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“. Damals bildete sich unter Schröder die erste rot-grüne Koalition. Wir erinnern uns was folgte: der erste „out of area“- Einsatz einer deutschen

Armee nach 1945, der Angriff auf Jugoslawien 1999 und die Einführung des Hartz-IV-Systems 2005. Vielen Beobachtern war klar, dass nur sogenannte linke Parteien, wie die SPD und die Grünen, solch eine asoziale und militaristische Politik hatten durchsetzen können.

Heute wie damals wurde Rückschritt als Fortschritt verkauft und der Orwellsche „Neusprech“ feierte und feiert fröhliche Urstände: geht es doch nicht um sozialen Fortschritt, sondern um die Modernisierung des deutschen Imperialismus. Ein Blick auf das Personal der Koalition erklärt einiges. Olaf Scholz gehört dem rechten Flügel der SPD an und personifiziert - wie kaum ein anderer - die asoziale und militaristische Politik der vergangenen Jahre. Als

er Finanzminister war, wurde der Militärhaushalt erhöht, im Rahmen der sogenannten Corona-Notpakete warf man hunderte Milliarden den Superreichen, den Großunternehmen und den Banken in den Rachen. Als SPD-Generalsekretär spielte Scholz eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung der Hartz-IV Politik innerhalb der SPD. Als Arbeitsminister setzte er die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre durch. Als Bürgermeister von Hamburg steht er für den größten Polizeiaufmarsch der Nachkriegsgeschichte und das brutale Vorgehen gegen die Demonstranten der G20-Proteste 2017.

Die Ampelkoalition wird die in sie gesetzten Erwartungen der herrschenden Klasse erfüllen. In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die Ampel verpflichtet, „die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu erhöhen“ und die Schuldenbremse zu reaktivieren.

Henning Mächerle

**Reich.
Reicher.
Es reicht!**

Seit Pandemiebeginn hat sich das Vermögen der zehn reichsten Menschen verdoppelt. Auf der anderen Seite lebt jede:r Zehnte unter der Armutsgrenze - und 25.000 Menschen verhungern jeden Tag. Der alltägliche Wahnsinn namens Kapitalismus.
<https://dkp.de/mitglied-werden/>

Kasachstan - Klassenkampf von oben

Seit der Unabhängigkeit Kasachstans 1991 hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich enorm vergrößert. Unter dem ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew entstand dort ein umfassendes System der Vetternwirtschaft. Auslöser der aktuellen Unruhen war die Erhöhung der Preise für Flüssiggas, obwohl das Land einer der größten Produzenten von Erdöl, Erdgas und Erdölprodukten ist.

Unterschiedliche Interessensgruppen versuchten, die Situation zu nutzen. Kasachstans Präsident Tokajew entließ den Verteidigungsminister und den Geheimdienstchef. Beide waren enge Vertraute Nasarbajews. Die kasachische herrschende Klasse ist durch Stammes- und Clanstruktur geprägt. Während Nasarbajew den nördlichen Clans zugerechnet wird, gehört die Wirtschaftsmetropole Almaty zum Einflussbereich der südlichen Clans.

Hinweise dafür, dass sich bei den Unruhen nicht nur einfach der „Volkszorn“ ausgetobt hat, gibt es viele. In der Wirtschafts- und Bankenmetropole Almaty

tauchten unter den Demonstranten gut organisierte Trupps auf, welche die Situation nutzten, um Banken und Juweliere auszu-rauben. Gleichzeitig griffen sie gezielt Polizeireviere und Waffengeschäfte an. In Kasachstan arbeiten etliche vom Westen finanzierte NGOs an einer "Farbenrevolution". Auf der anderen Seite ziehen Oligarchen die Fäden. Der kasachische Nationalismus und der Islam spielten bei den Demonstrationen teilweise eine Rolle.

Die russische Minderheit ist vom politischen Leben und von Führungsfunktionen in der Wirtschaft ausgeschlossen. Der russische Militäreinsatz im Rahmen des Vertrags über kollektive Sicherheit sollte in erster Linie die Stabilität der Regierung garantieren und eine „Farbenrevolution“ verhindern. Der Westen versucht über Personen, wie den Oligarchen Mukhtar



Abyazov (selbsternannter Dissident, ehemaliger Bankier in Almaty und Chef der „Demokratischen Wahl Kasachstan“), Einfluss zu nehmen.

Tokajew hat die Situation vorerst wieder unter Kontrolle. Die Preiserhöhungen sind zurückgenommen und eine generelle Erhöhung der Löhne und Gehälter ist angekündigt. Alte Seilschaften im Staatsapparat sind teilweise entmachtet und ein Ausgleich mit anderen Teilen der herrschenden Klasse wird angestrebt.

Henning Mächerle

Ukraine – wer bedroht wen?

In bürgerlichen Medien – Presse, Funk, Fernsehen, Internet – wird seit Wochen so getan, als stünde unmittelbar ein Angriff Russlands auf die Ukraine bevor. Zwischen vermeintlich „rechten“ und „linken“ Medien ist kein Unterschied mehr erkennbar. Kaum erwähnt werden die ständigen offensiven Militärmanöver, die die US-Armee mit den jeweiligen Verbündeten an allen Grenzen Russlands durchführt.

Auch die 95.000 ukrainischen Soldaten mit schweren Waffen an den Grenzen zu den Volksrepubliken Lugansk und Donezk werden verschwiegen. Selenski, Präsident der Ukraine, droht mit einer militärischen Rückeroberung der Separatistengebiete und der Krim. In der Ukraine wurde ein Gesetz verabschiedet, das für die dortigen Bewohner nach dem Einmarsch den Entzug von Wahl- und Besitzrechten androht.

Einige bürgerliche Zeitungen berichteten – sorgfältig abgetrennt von den Artikeln über die angebliche Kriegsgefahr – über ein

Sprachgesetz. Russischsprachige Zeitungen dürfen in der Ukraine nur noch erscheinen, wenn in gleicher Auflage eine ukrainische Ausgabe gedruckt wird. Praktisch bedeutet das ein Aus für diese Zeitungen, nachdem schon russischsprachige Radio- und Fernsehsender abgeschaltet, russische Literatur aus Bibliotheken und Buchhandlungen verbannt und auch im amtlichen und geschäftlichen Umgang die russische Sprache eingeschränkt wurde. Russisch ist für eine große Minderheit, wenn nicht sogar für die Mehrheit, Muttersprache.

Wenn irgendwo in Europa eine andere Sprache als die russische in dieser Weise unterdrückt würde, gäbe es Solidarität von Journalisten und Künstlern und heftige Proteste von Menschenrechtlern – aber es sind ja nur die "bösen" Russen betroffen.

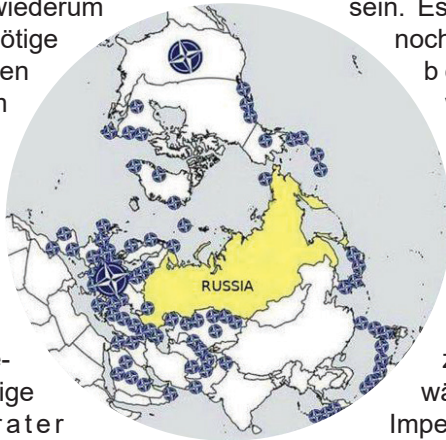
Gernot Linhart



Ukraine – das große Schachspiel

Die Kriegsgefahr sei so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr, sagt der OSZE-Vorsitzende und Polens Außenminister Rau am 13.01.2022. Der Schuldige ist schnell gefunden: Russland. Putin wiederum sagt, Russland benötige Sicherheitsgarantien und fühle sich vom Westen in die Enge gedrängt. Alles Paranoia, sagt der Westen. Was sind die Hintergründe?

1997 schrieb Zbigniew Brzezinski, der ehemalige Sicherheitsberater von Jimmy Carter und einer der Vordenker des US-Imperialismus, ein zentrales Buch für das Verständnis der heutigen geostrategischen Konflikte: „Das große Schachbrett“. Darin skizzierte er nicht nur die aktuellen Konflikte in Zentralasien, sondern auch die



Rolle der Ukraine: „Allein schon die Existenz einer unabhängigen Ukraine hilft, Russland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. Es kann zwar immer noch imperialen Status beanspruchen, würde dann aber in Konflikte mit den zentralasiatischen Staaten verwickelt. (...) Wenn Russland aber die Kontrolle über die Ukraine zurückgewinnt, wäre es wieder eine Imperialmacht.“ Ziel ist also die Schwächung Russlands und die Sicherung der Vorherrschaft der USA.

Der EU fällt hierbei die Rolle einer „Hilfstruppe“ zu. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Äußerung der US-Diplomatin Nuland: „*Fuck the EU*“. Die USA

waren 2013 der wesentliche Akteur beim Sturz des gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowytsch. Während die EU die Ukraine zum Mitglied machen wollte, lag das Interesse der USA bei der Integration dieses Landes in die NATO. Obwohl USA und EU hier als Konkurrenten auftreten, geht es beiden letztlich im Sinne Brzezinskis um eine Osterweiterung und eine Schwächung Russlands. Die Besetzung der Krim und die Unterstützung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sind aus russischer Sicht Notwehr. Die aktuelle Einmischung des Westens in Belarus und Kasachstan ist für Russland ein weiterer Hinweis für die zunehmende Bedrohung durch den Westen. Die überwältigende militärische Überlegenheit der NATO gegenüber Russland macht deutlich, wer hier eigentlich wen bedroht.

Henning Mächerle

Wo ist die Zukunft hin?

Bezos fliegt ins All, wir frieren in der Schule.



Hätte ein Science-Fiction-Autor in den 90ern eine Geschichte vorgelegt, in der sich die Menschheit in einer Pandemie befindet, Schüler von daheim digital unterrichtet werden, während Milliardäre sich auf private Raumflüge aufmachen, hätte kein Studio dieser Welt dieses Skript finanzieren wollen – diese Zukunftsvision wäre zu absurd gewesen.

Wir, die arbeitende und lernende Jugend, leben leider in dieser Zukunft, nur dass wir uns darüber selten freuen können. Woran liegt das? Die Automatisierung verschafft uns nicht unbedingt mehr freie Zeit, stattdessen werden wir in Youtube-Werbungen damit bedroht „für viele Top-500-Unternehmen auf einmal zu arbeiten“. Der Zugriff auf das Wissen der Menschheit über das Internet macht uns nicht schlauer, stattdessen gehen unsere

Aufmerksamkeitsspanne und die psychische Gesundheit zugrunde.

Auch globale Probleme werden nicht dem Stand der Technik angemessen, durch demokratische Diskussionen der Menschheit und durch Rechenzentren koordinierte Anstrengung gemeinsam gelöst, sondern bis vor den Abgrund und darüber hinaus von den Herrschenden noch befeuert.

An mangelnden technischen Lösungen liegt es nicht, dass wir zwei Jahre lang kaputtstes Pandemie-„Management“ erleben mussten, an Rohstoffknappheit liegt es nicht, dass wir für Heizen und Nahrung immer mehr bezahlen müssen. Nein, die gesellschaftliche Uhr für uns wird zurückgedreht, gerade damit ein Jeff Bezos in seiner Freizeit mal kurz auf den Mond fliegen kann, also um einigen wenigen das Leben in einer grotesken Zukunftsvision voller Luxus zu ermöglichen.

Die Antwort darauf kann nicht sein, in der eigenen vermeintlichen Machtlosigkeit zu resignieren. Diskussionen zwischen Kolleginnen

aus Wetzlar und Neu-Delhi ohne Verzögerung, Reisen von Frankfurt nach Moskau in unter zehn Stunden, Volksentscheide per Online-Forum, eine algorithmisch getaktete Produktion, bei der nicht die Hälfte der Lebensmittel im Müll landet, sondern für uns alle genug da ist oder einfach ein neues Kino oder Schwimmbad, wo Leute gerne eines hätten.

Das sind Dinge, die wir auf dem Stand der heutigen Technik in wenigen Jahren erreichen könnten.

Aber dafür müssten wir die Reichtümer, die wir für Daimler und Siemens, für Zuckerberg und Bezos erarbeiten und anhäufen, unter unsere Verfügung stellen und gemeinsam darüber bestimmen, was wir damit anfangen wollen.

Zukunft will gemacht werden, Zeit sie uns zurückzuholen!

Luis SDAJ



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal

Unikliniken: staatlicher Geldregen für Rhön AG und Asklepios

Für 110 Millionen Euro hat die damalige CDU/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Koch vor 17 Jahren das Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) an den Rhön-Konzern verkauft. Etwa 200 Millionen Euro hat der Konzern inzwischen an seine Aktionäre ausgeschüttet. Koch versprach, das

UKGM würde ein Leuchtturm des medizinischen Fortschritts werden. Heute bewegt es sich in diesem Bereich jedoch lediglich im unteren Mittelmaß. Die Lehre und Ausbildung guter Medizinerinnen und Mediziner, blieb auf der Strecke. Das Medizinische Dezernat musste eine besondere Einrichtung schaffen, um die mangelhafte Ausbildung am Krankenbett – eine der Hauptaufgaben einer Universitätsklinik – notdürftig zu ergänzen.

Jetzt wurde bekannt: In den nächsten zehn Jahren wird das Land mehr als 500 Millionen Euro an das UKGM zahlen, damit der Betrieb einigermaßen weiterlaufen kann. Ministerpräsident Bouffier hält die Privatisierung trotzdem für einen Erfolg. Er forderte stattdessen eine veränderte Grundfinanzierung für Kliniken. Die jedoch ist durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz geregelt: Für Investitionen sind die Bundesländer zuständig, die Krankenversorgung wird von den Krankenkassen bezahlt. Die Landesregierungen aber verweigern eine ausreichende Finan-

zierung der Investitionen. Für viele Kliniken ist das der Hauptgrund für finanzielle Probleme. Mit der Privatisierung wollte Hessen die Last der Finanzierung des UKGM loswerden. Eigentlich hätte damals juristisch überprüft werden müssen, ob es zulässig ist, dass sich eine Landesregierung durch einen Kaufvertrag von gesetzlichen Verpflichtungen befreit.

Angeblich darf die Rhön AG wegen der Landeszuschüsse keine Gewinne mehr aus dem UKGM ziehen. Sie, bzw. ihr Mutterkonzern Asklepios, werden aber Wege finden, die Aktionäre weiterhin zu bedienen. Der Konzern hat das UKGM bei allen Investitionen mit hohen Krediten belastet, für deren Bedienung muss weiterhin viel Geld abgeführt werden.

Grund für die Privatisierung war der in CDU und FDP herrschende Neoliberalismus. Statt die Profiteure mit frischem Geld zu sponsern, muss das UKGM wieder vergesellschaftet werden!

Gernot Linhart



Weitere gute Gründe, Alexander Wright nicht zum Bürgermeister der Stadt Gießen zu wählen!

Im Februar will der Grüne Fraktionschef A. Wright von der Stadtverordnetenversammlung zum Bürgermeister gewählt werden. Hier weitere Gründe zur Nichtwahl von Wright (die ersten sechs haben wir schon im Januar-Echo aufgelistet):

Sein "neuer" Politikstil hält an Gerda Weigel-Greilich fest, „denn die hat ihre Sache sehr gut gemacht“. An das Millionengrab „Landesgartenschau“ könnte man sarkastisch erinnern oder an den Abrechnungs-Skandal im Jugendamt. Eine „Rechenkünstlerin“, wie ihre Brutto-Netto-Verwechslung beim Bau der Bahndamm-Unterführung gezeigt hat. Bei ihr sehe er besonders die Stadtplanung, die in den letzten Jahren den Immobilienkonzernen überlassen wurde, ohne

strikte Umwelt-Vorgaben oder soziale Vorgaben. Deshalb gibt es in Gießen zu wenig bezahlbaren Wohnraum – aber zu viele Investitionsobjekte.

Wright ist aufgrund der "Errungenschaften" der Grünen in diese Partei eingetreten. Diese haben zusammen mit der SPD 1999 einen völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien geführt. 78 Tage lang wurde das Land bombardiert.

So einen Bürgermeister hat Gießen sicher nicht verdient! Die Gießener Stadtverordneten von SPD und „Gießener Linke“ sollten sich genau überlegen, ob sie sich an diesen „neuen“ Politikstil anketten lassen.

M. Berger

marxistisch · kritisch · analytisch



einfach Email mit Name und Adresse an: info@unsere-zeit.de

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Postfach 110340, 35348 Gießen, E-Mail: giessen@dkp.de Im Internet: www.giessen.dkp.de

Schon gesehen?



Youtube-Kanal DKP Gießen [🔗](#)

Jahresauftaktveranstaltung der
DKP am 08.01. in Berlin:

<https://youtu.be/r4HRTf-29A>

LL-Demo am 09.01. in Berlin:

<https://youtu.be/KzQ4Kpg7mxi>

Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de [🔗](#)

05.02.2022 ab 10:30 Uhr:
Infostand am Kugelbrunnen

**04.02., 18.02. und 04.03.2022
um 19 Uhr:**
Stammtisch der DKP Gießen

10.02.2022 um 19 Uhr:
Mitgliederversammlung DKP GI,
Kerkrade-Zimmer

23.02.2022 um 18 Uhr:
Vorbereitungstreffen /
Kreativabend zum
Frauenkampftag,
Vortragsraum Kongresshalle

08.03.2022 um 17:30 Uhr:



**Redaktionsschluss
für das März-Echo:
Mi., 23. Februar**

Lösung des Kreuzworträtsels
im Januar-Echo: **MENSCHLICH**
(Anm.: Antwort auf Frage zwei
war nicht Banane, sondern "FDP")



Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** beantragte die Gießener Junge Union (JU), Vorsitzender Volker Bouffier, die Aufnahme ins Aktionskomitee Jugendzentrum (AKJ). Dieses setzte sich seit etwa zwei Jahren für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum ein, die JU und ihre Mutterpartei CDU arbeiteten immer dagegen. Nachdem das AKJ und seine Jugendorganisationen in das ihnen zur Verfügung gestellte Haus am Kanzleiberg einziehen konnten, wollte die JU auch dabei sein. Der Antrag wurde nach lebhafter Diskussion einstimmig abgelehnt, auch von den Jungdemokraten. Nachdem Bouffier hessischer Innenminister geworden war, nannte er diese Niederlage bei einem Interview mit der Gießener Presse seine schlimmste politische Erfahrung.

Vor **40 Jahren** waren zwei Standorte in Hessen, Frankenberg und Merenberg, als mögliche Standorte für eine Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken vorgesehen. Dortige Bürgerinitiativen organisierten den Widerstand und wurden auch aus Gießen unterstützt. Ihr Kampf war erfolgreich.

Vor **30 Jahren** setzten sich Gießener Antifaschisten, auch die

DKP, für eine Umbenennung des Otto-Eger-Heims ein. Eger war ein Gießener Mediziner und Nazi. Etwas scherzhaft schlug das Gießener Echo den Namen „Toni-Hämmerle-Heim“ vor. Hämmerle war ein Komponist bekannter Fastnachtsschlager und als Telefonist an der Gießener Uni tätig. Es dauerte noch mehr als 20 Jahre, bis das Heim umbenannt wurde (Mildred-Harnack-Fish-Haus).

Vor **20 Jahren** bereitete die SPD/Grüne-Regierung mit der Agenda 2010 einen massiven Abbau sozialer Leistungen vor. Mit übler Hetze gegen Arbeitslose (z.B. „Es gibt kein Recht auf Faulheit“) begann die Errichtung des „besten Niedriglohnsektors Europas“.

Vor **10 Jahren** erreichte der Kampf gegen die Landesgartenschau einen Höhepunkt. Innerhalb von drei Wochen hatte die Bürgerinitiative mehr als 3.000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid gesammelt. Die Gießener Geschäftswelt, Kirchen, Unipräsident, 50-Vorsitzender u.a. starteten eine Propagandakampagne für die teure *Blümchenschau*. Schließlich sorgte, wie bei vielen Bürgerbegehren in Hessen, die Justiz dafür, dass die Bürger nicht entscheiden durften.



Hans Rosenbaum

Den 119. Geburtstag gedachten wir vor der
Katharinengasse 11.

Hans Rosenbaum: geb. 16.01.1903 in
Gießen, im Widerstand/Rote Hilfe, verhaftet
1937 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“,
Zuchthaus Butzbach, ermordet am
27.02.1945 im Nebenlager Nordhausen
des KZ Buchenwald.

Link zur Internetseite: [🔗](#)

- Anzeige -

Verkaufe Marxistische Blätter, Jahrgang 2000 bis 2021 vollständig,
guter Zustand, Ausnahme 3 Titelseiten aus 2003 und 2 aus 2004 sind
stark beschädigt.

Ebenso verkaufe ich circa 80 Exemplare der **Blätter für deutsche und
internationale Politik** aus den Jahren 1984 bis 1995, allerdings ist kein
Jahrgang vollständig.

Anfragen mit Preisvorschlag bitte an die Redaktion: giessen@dkp.de [🔗](#)